

## Aufruf

### **Jetzt erst recht: Mehr Geld für Bildung!**

Die letzten Monate haben Bund, Länder und Kommunen vor neue Herausforderungen gestellt: Die so genannte Schuldenbremse zwingt zu einem zügigen Abbau der Verschuldung und einer Begrenzung der öffentlichen Ausgaben. Gleichzeitig sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte in letzter Konsequenz noch nicht absehbar. In einzelnen Ländern und Kommunen zeichnet sich bereits ab, wie tief die Kürzungen gehen werden. Klar ist: Nach den Landtagswahlen und der Bundestagswahl am 27. September 2009 wird der Kassensturz kommen.

Wir fordern die neue Bundesregierung sowie die Länder und Kommunen auf: Die Finanzierung der Wirtschaftskrise kann und darf nicht als Anlass dienen, notwendige strukturelle Veränderungen und finanzielle Mehraufwendungen im Bildungssystem zu unterlassen. Konkret geht es um bessere Kitas, die dringende Beseitigung des steigenden Lehrkräftemangels in den Schulen, um ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten, um mehr und besser finanzierte Studienplätze und um ein angemessenes Weiterbildungssystem, kurz: es geht um eine qualitativ hochwertige Bildung in der Breite.

Bildung ist aber auch kein Ersatz für ein gut ausgebautes Sozialsystem, sondern dessen logische Ergänzung und zugleich gesamtwirtschaftliche Voraussetzung in einer zunehmend wissenschafts- und hochqualifikationsbasierten Gesellschaft. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, Bildungs- gegen Sozialausgaben auszuspielen. Um beide auf wachsendem Niveau zu finanzieren, sind entsprechende Mehreinnahmen in den öffentlichen Haushalten nötig.

Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen. Sie ist grundlegend für den Bestand und die Weiterentwicklung der Demokratie. Bildung ermöglicht Innovationen der Technologien, der Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie schafft damit die Grundlage für die entscheidenden Wege aus der Krise durch ökologischen Umbau und eine gerechtere Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen. Dafür braucht das Bildungssystem eine deutlich bessere finanzielle Grundlage – trotz der Kosten der Krise, oder vielmehr gerade deswegen!

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

- Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik)
- Torsten Bultmann (Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler)
- Prof. Dr. Rolf Dobischat (Präsident des Deutschen Studentenwerks)
- Anja Gadow (Vorstandsmitglied des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften)
- Kai Gehring (MdB, jugend- und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag)
- Petra Gerstenkorn (Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung)
- Cornelia Hirsch (MdB, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag)
- Dr. Ernst Dieter Rossmann (MdB, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag)
- Hanna Zoe Trauer (Vorstand der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz)
- Ulrich Thöne (Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

### **Was wir sofort tun müssen, koste es, was es wolle!** **Siegfried Hummel**

Gustav Heinemann, Mitglied der bekennenden Kirche, CDU-Mitglied, Bundesinnenminister im 1. Kabinett Adenauer, SPD-Mitglied, Justizminister der 1. Großen Koalition und von SPD und F.D.P. gewählter Bundespräsident, wurde nicht müde, die „Herstellung republikanischer Öffentlichkeit“ anzumahnen. Das vertikal gegliederte Bildungssystem

und das Zweiklassensystem unseres Gesundheitswesens aber sind Relikte eines Ständestaates, die mit zunehmender Aggressivität verteidigt werden.

Das erstaunt die OECD und ausländische Kollegen immer wieder, denn Wilhelm von Humboldt hat bereits 1807 in seinem 1. Schulgesetzentwurf die flä-

chendeckende Einführung eines republikanischen Bildungssystems gefordert: „So wie es nun bloß diese 3 Stadien des Unterrichts gibt, jede derselben aber unzertrennt ein Ganzes macht, so kann es nur 3 Gattungen zeitlich aufeinanderfolgenden Anstalten geben und ihre Grenzen müssen mit diesen Stadien zusammenfallen, nicht dieselben

in der Mitte zerschneiden (zit. N. Menze, Clemens 1978). Diese deutsche Erfindung haben die Schweden am 1936 und die Finnen seit den 60iger Jahren des letzten Jahrhunderts umgesetzt. Die Folgen: 85 bzw. 90 % des Altersjahrgangs erwerben eine Hochschulzugangsberechtigung, die nicht nur für das Studium sondern auch für alle qualifizierten Berufe, für die kulturelle Praxis und für das allgemeine Sich-Zurechtfinden in den globalisierten Gesell-

*Siegfried Hummel war von 1970 bis 1976 im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung tätig, 1976 bis 1987 war er Kultusdezernent in Osnabrück und setzte wichtige Akzente der Schulentwicklung und -planung.*

*Nach einem kurzfristigen Wechsel in das Saarländische Kultusministerium leitete er von 1988 bis 1998 das Kulturreferat der Landeshauptstadt München. In den siebziger und achtziger Jahren lehrte er an den Universitäten Osnabrück und Sao Paulo. In den neunziger Jahren unterrichtete er an der Hochschule für Musik und Theater, Hamburg, Kulturmanagement. Seit 2004 ist er Honorarprofessor an der Universität Osnabrück.*

schaften des 21. Jahrhunderts Grundvoraussetzung ist: Ihre Schulsysteme organisieren die Individualisierung des Förderns bis zum Einzelunterricht und verabreichen die beste Medizin gegen demokratiezerstörende Gewalt der aktuellen Segregation: Die Schüler, welche demnächst zur Elite gehören sollen, lernen in der Zeit, in der sich ihre Gefühlswelt entfaltet, die soziale Realität derer kennen, die sie später einmal anführen sollen und erwerben damit soziale Kompetenzen, die wichtigste Fähigkeit der modernen Eliten. Und diejenigen, welche familiär benachteiligt sind, erleben, das sie so lange geduldig erfordert werden bis auch ihre Talente entfaltet worden sind. Das kostet nur 8 % der BIP. Deutschland gibt aber dafür 4 % aus. Und: ein weiteres Debakel bahnt sich an: Der Philologenverband meint, wenn auch wir das Doppelte ausgeben, dann bedürfe es keines Systemwechsels. Diesem Irrtum sind bereits die Union und die F.D.P. erlegen: Auch das verwun-

dert, denn der heilige Franziskus verkündete einst: „*Tu den Mund auf für die Stummen und führe die Sache derer, die verlassen sind*“ und die F.D.P. plakatierte im Wahlkampf „*Bildung ist ein Bürgerrecht*“. Dies stammt noch aus den Freiburger Thesen der F.D.P. der 70iger Jahre, als diese noch Avantgarde eines republikanischen Bildungssystems war. Die Wanderungen des konsequenten Republikaners Gustav Heinemann durch alle Parteien hatten bereits gezeigt, dass alle Parteien den Auftrag zur „*Herstellung republikanischer Öffentlichkeit*“ haben, d.h. zur Beseitigung aller ständestaatlichen Relikte beauftragt sind, wenn Deutschland auch noch in 20 Jahren eine Demokratie sein will.

## Frühkapitalismus in Lingen

**Astrid Müller**

Da glaubt man, man lebt im Jahr 2009 und wird bei dem Arbeitgeber der Beschäftigten der Hedon-Klinik ins 19. Jahrhundert zurückversetzt.

Ob man es glaubt oder nicht. Das gibt es tatsächlich noch.

Kolleginnen und Kollegen ohne Tarifvertrag. Der Willkür und Selbstherrlichkeit privater Arbeitgeber ausgeliefert.

Tatsächlich ist es so, dass die Beschäftigten der Hedon-Klinik seit August 2008 für faire und gerechte Arbeitsbedingungen streiken.

Empörend ist der Umgang der Klinikleitung mit dem Grundrecht auf Streik.

Beschäftigte werden unter Druck gesetzt, sich nicht an dem Streik zu beteiligen.

Dass die Mittel für eine Bezahlung nach Tarif nicht vorhanden

sein könnten, widerlegt der verschwenderische Umgang von sehr viel Geld, das die Klinikleitung ausgibt, um das Grundrecht auf Streik mit Füßen zu treten.

Anstatt Geld für Lohnerhöhungen und einen Tarifvertrag anzulegen, aast die Klinikleitung mit Geld für Maßnahmen herum, wie:

- Aussperrung der Streikenden mit Hilfe einer Wachschutzfirma,
- Zahlung von Prämien, damit Kolleginnen und Kollegen sich nicht am Streik beteiligen,
- Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern der Zeitarbeitsfirma „Service Personal-Dienstleistungen GmbH“ als Streikbrecher, denen Hoffnungen gemacht werden eine Festanstellung zu bekommen.

Die Hedon-Klinik ist nur ein Beispiel für die Segnungen von Privatisierungen und staatlicher Deregulierung.

Den Kolleginnen und Kollegen der Hedon-Klinik gilt unsere volle Solidarität.

Wir hoffen auf einen erfolgreichen Kampf.

*Solidaritätsrede zum Streik der Kolleginnen und Kollegen*